

HUch!

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
COLLECTED HIGHLIGHTS
NO. 49 DEZEMBER 2006

► FESTUNG EUROPA

Wer darf mitspielen? Wer wird raus geworfen? Von der Abschottung EU-Europas, Stacheldraht und Lagerhaltung für MigrantInnen handeln die **Seiten 4 und 5**

► NEUE ASSP

Neue Spielregeln: Wer nach vier Zügen noch nicht fertig ist bekommt die nächsten drei vorgeschrieben. Die neuen Rahmenbedingungen fürs Studieren an der HU werden auf **Seite 7** beleuchtet.

► NEUER SENATOR

Die ersten neun Mal würfeln frei, danach wird pro Wurf bezahlt – Spielgebühren sind das natürlich keine. Über den neuen Wissenschaftssenator Zöllner, seine Studienkontenpläne und was er sonst so vorhat informieren die **Seiten 8 und 9**.



Mitspielen?!

Editorial

Neues Spiel – neues Glück?
Nicht nur draußen in der Welt geht es immer wieder darum die Kräfte zu sammeln, um weitermachen zu können. Auch in unserer Redaktion steht das weiter machen dieser Zeitung immer mal wieder auf der Kippe. Wie ihr sehen könnt, haben wir uns aber zusammen gerappelt. Daraus ist eine neues Format und unsere 49. Ausgabe entstanden. Ohne mit den guten Vorsätzen jetzt schon anfangen zu wollen, wird es zum Anfang des nächsten Jahres gleich die nächste Ausgabe geben. Zur noch nicht zuende gespielten Partie Mau-Mau und der wärmenden Tasse Kaffee zurück kehrend, wünscht euch viel Spaß beim Lesen
EURE HUCh

inhalt

- 3 **Nur ein Betriebsunfall?**
Zur Wahl des rechten TU-ASStA
- 4 **Lagerhaltung von MigrantInnen**
Zur EU Migrationspolitik
- 6 **Mexiko hören**
Aufstände für Selbstbestimmung
- 7 **LSK, AS, ASSP! MfG – mit freundlichen Grüßen**
Die neuen Rahmenbedingungen für Lehre und Studium
- 8 **Der Superzöllner**
Neuer Wissenschaftssenator in Berlin
- 10 **Plug in – Cut it out**
1 pro, 1 contra – 2 Themen, 2 Ansichten
- 12 **Scheiße ist Arbeit!**
Ratgeberin Jobben während des Studiums
- 14 **Fremdverschulden nicht ausgeschlossen**
Zur Verfassungsbeschwerde nach einem Selbstmord im Umfeld des LaRouche-Netzwerkes
- 15 **Cyborgs**
Die Menschen und die Anderen

impresum

■ Anschrift

HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin
huch@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/huch

■ HerausgeberIn

ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASStA).

■ Redaktion

Nelo Locke, Sascha Frank (V.i.S.d.P), Tobi Becker, Anne, Marek

Layout Tobi

Lektorat Jenny, Annabel, Carsten, Christian, Patrick

Druck Union Druck

Auflage 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:

- © Angabe der Autorin oder des Autors
- Ⓝ Nichtkommerzielle Verwendung
- Ⓢ Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Falls nicht selbstverständlich: Kein Artikel erhebt den Anspruch für die gesamte Verfasste Studierendenschaft zu sprechen. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 50 ist Weihnachten 2006

mitdiskutieren!

Auch die HUCh! geht mit der Zeit und bietet auf ihrer Webseite die Möglichkeit jeden Artikel zu diskutieren:

www.refrat.de/huch

Bemerkungen zur Wahl des AStA-TU-Berlin

Nur ein Betriebsunfall?

Am 31.10.2006 übernahm ein konservativ-bürgerliches Bündnis die Regentschaft über den AStA der TU. Jetzt werden die Studierenden in Charlottenburg wieder von einem „Studentenparlament“ vertreten und der 8. Mai wird fortan als „wertfreies Datum“ betrachtet. Aber es läuft durchaus noch mehr schief – nicht nur im berliner Westen.

VON YURI SCHNEIDER



Foto: sotaki auf photocase.com

Die Mehrheit jubelt

Wir stehen womöglich vor einer historischen Wende“, echote es schon seit geraumer Zeit durch die berliner Hochschulpresselandschaft. Und die Zentralaussage „Die Wähler (sic!) haben mit diesem Votum eindeutig gezeigt, dass sie mit der derzeitigen Mittelverschwendung nicht einverstanden sind“¹, wurde derart gebetsmühlenartig wiederholt, dass darüber fast vergessen wurde, dass das „eindeutige Votum“ nur in einer Mehrheit von zwei Sitzen besteht.²

Aber so abgeklärt und rhetorisch gelectet sich der RCDS nebst „Unabhängigen“³ im Vorfeld auch präsentierte, so rau war die Wirklichkeit „auf dem Platz“. Nicht nur, dass die beinahe neun Stunden dauernde Sitzung im unbelüfteten Hörsaal H110 die Herren um ihr Championsleague-Spiel brachte und die TeilnehmerInnen von Handgreiflichkeiten oft nur noch eine gefühlte Haaresbreite entfernt waren: Sie mussten darüber hinaus auch noch eine Lehrstunde in Parlamentarismus (Aber in § XY steht,...), Gleichberechtigung („Quotierte Redelisten? Was soll das denn sein?“) und basismathematischen Fertigkeiten (62 von 60 Stimmen zu zählen ist nicht gut...) über sich ergehen lassen. Und schon sehr früh im Verlauf der Sitzung muss der neuen Sitzungsleitung aufgegangen sein, dass es mit dem Aufstellen von Wahlkabinen und zwei Laptops eben nicht getan ist...

Als größte Ironie mag hierbei erscheinen, dass sich die Wirtschaftswissenschaftler/und eineInnen gerade beim Finanzreferat am gründlichsten verrechneten. Ob es letztendlich an Kilian „unter-meiner-Führung“-Winnens Person gelegen haben mag, ob es inhaltliche oder andere Gründe gab, die Herrn Winnen für dieses Amt disqualifizierten, bleibt Spekulation. Fest steht, dass hier mit einer Stimme Vorsprung der vorgeschlagene Kandidat des „Breiten Linken Bündnisses“ (BreiLiBü) gewählt wurde. Abgesehen davon erwiesen sich die Mehrheitsverhältnisse, wohl auch durch aktiv betriebenen Gruppen- bzw. Fraktionszwang, als stabil und die Einzelpersonen als zäh genug um vorerst die Übernahme der Sitzungsleitung, des Wahlvorstandes und von neun der zehn Referate – inklusive der drei autonomen Referate – „durchzustimmen“.

Die (ehemals) autonomen Referate wurden entgegen der satzungsmäßigen Praxis von denen gewählt, welchen

wir auch in unserem Alltag alles zutrauen: Nämlich vom Parlament, von den ExpertInnen, von den Legitimierten; und nicht etwa „basisdemokratisch“ von den Statusgruppen selbst. So empörend dies sein mag und so deutlich aus diesem Vorgehen das Selbstverständnis der „neuen Herren“ hervortritt, so lehrreich könnte sich dies für die davon ach-so-überraschte Linke erweisen. Mit Gottfried Ludewig, neuer AStA-Vorsitzender „von Volkes Gnaden“, stelle ich fest, dass in einer Demokratie eben jene bestimmen, welch die Mehrheit haben.⁴ Hingegen der erboste Aufschrei des „BreiLiBü“: „Demokratie bedeutet aber auch Minderheitenschutz!“, verursacht bei mir nur leises Kopfschütteln. Denn Demokratie ist nun einmal eine Herrschaftsform. Diejenigen Konzepte, die Minderheiten schützen sind weithin bekannt und heißen nicht Demokratie. In einer Demokratie braucht es eben – wie wir am 31.10. wieder einmal gesehen haben – nicht mehr als ein arrogantes Lächeln der Mächtigen um Minderheiten zu entrechten. Die autonomen Referate sind dieser Arroganz zum Opfer gefallen. Konzepte, die „Minderheiten“ (oder Individuen) wirklich schützen wollen, fordern die Abschaffung von Parlamentarismus, Mehrheitsentscheidungen und Machtausübung über Mitmenschen. Sie heißen Konsensentscheidung, Hierarchiefreiheit und Autonomie. An einem Ort, an dem z.B.(!) Mehrheitsentscheidungen per Statut verankert sind, werden sich diese Vorgehensweisen niemals etablieren. Selbst dann nicht, wenn die Linke regiert. Parlamente bieten für *linke Ideale* keinen Raum. Im Konsens abstimmen ist nun einmal nicht möglich. Trotzdem sitzen republikweit in jedem Parlament auch Menschen, die sich als Links kategorisieren. Und zwar, weil die entscheidende Konfliktlinie diesbezüglich schon lange nicht mehr linke Ideale, (mit z.B. „effektivem Minderheitenschutz“ als einer Ausprägung) zum Thema hat. Die entscheidende Frage innerhalb der Linken lautet, ob sich derartige Strukturen nicht völlig unidealistisch *trotz* deren Fehler (be)nutzen lassen, um zumindest gewisse Ziele (nicht Ideale!) zu erreichen. Und vielleicht sollten manche Mitglieder des „BreiLiBü“ zuerst einmal (wieder?) intensiv über die Frage nachdenken, ob es ein „richtiges Leben/Handeln im Falschen“ geben kann, bevor sie von einem Parlament Minderheitenschutz verlangen.

Die Autonomen Referate

Das Wahlverfahren für die Autonomen Referate, namentlich AusländerInnen-Referat, das Frauenreferat und das Referat für die „Belange lesbischer, schwuler, bi- und transsexueller Studierender und anderer sozialer Minderheiten in der Studierendenschaft“, wird in der TU-StuPa-Satzung wie folgt beschrieben: „Die Besetzung der obigen Referate SOLL gemäß den Voten der Vollversammlung erfolgen, die der Sitzungsleitung schriftlich vorzulegen SIND.“ Die ReferentInnenposten sind deshalb besonders begehrt, weil sie die einzigen bezahlten Ämter des AStA TU darstellen.

¹ Beides nachzulesen unter www.rcds-berlin.de

² Nach eigenen Angaben hält die „konservative Koalition“ derzeit 31 von 60 Sitzen imTU-Stupa.

³ Viele der KandidatInnen der „unabhängigen Listen“ waren oder sind beim RCDS aktiv.

⁴ Interessanter als die Ergebnisse waren oft die Zwischenrufe.

Lagerhaltung für MigrantInnen

Warum es in der EU ein Lagersystem gibt, wie die Migrationsabwehr effektiviert wird und wie die „westliche Demokratie“ das aushält, untersucht

KIRSTEN ACHELNIK



Foto: paneb-bs auf photocase.com

Die Staaten der EU versuchen seit geraumer Zeit, ihre Asyl- und Einwanderungspolitik zu vereinheitlichen – meist zum Schaden von Flüchtlingen und MigrantInnen. Das dabei entstehende repressive Migrationsregime strebt aber nicht (nur) eine Abschottung der EU, sondern vielmehr ein Management der Migration an. Dies beinhaltet die Kontrolle und Auswahl der MigrantInnen und eine Steuerung ihrer Bewegung ebenso wie die mannigfaltigen Versuche der Einflussnahme auf die Herkunfts- und Transitländer.

Entwicklungsstränge der EU-Migrationspolitik

Der Stellenwert der Migrationspolitik im EU-Kontext hat sich verändert: von einem notwendig scheinenden Bestandteil der Binnenerweiterung im Rahmen des Schengen-Abkommens (1985) hat sie zur Jahrtausendwende eine wichtige strategische Priorität in der EU erlangt und wurde zu einem Legitimationsinstrument für die weitere Integration der Mitgliedsstaaten. Die Vereinheitlichung ihrer Asyl- und Einwanderungspolitik ist aber für die Mitgliedstaaten auf Grund ihrer hohen Souveränitätsrelevanz kein einfacher Prozess. Schließlich geht es dabei um nationalstaatliche Essentials wie das Staatsbürgerrecht, der Zugang zum Arbeitsmarkt oder die Definition politischer Verfolgung, bei denen die jeweiligen Traditionen und Interessen weit auseinander liegen.

Seit dem Ende des ‚Kalten Krieges‘ hat sich die Richtung, aus der eine Gefährdung der ‚abendländischen Zivilisation‘ erwartet wird, verändert: Zunehmend ist von einer ‚Südbedrohung‘ die Rede, an deren Gefahrenpotential der ‚illegalen‘ Migration ein erheblicher Anteil zugeschrieben wird. Diese Verschiebung hat sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf EU-Ebene zu einschneidenden Veränderungen der Einwanderungs- und Asylpolitik geführt.

Schon die nahezu europaweite Verschärfung des Asylrechts Anfang der 90er, die z.B. in der BRD eher einer Abschaffung gleichkam, ging mit dem Ausbau eines Systems von Sammellagern und Abschiebegefängnissen einher. Seither ist in und um EU-Europa eine Sicherheitsarchitektur entstanden, die der Geschichte anzugehören schien: ein System von Lagern.¹

Abschreckungspolitik

In dem als humanitäre Intervention inszenierten Kosovo-Krieg 1999 wurden die Flüchtlinge in einige Tausend ausgewählte Kontingentflüchtlinge, die in die EU weiterreisen durften und einen großen Rest

aufgeteilt, der in Lagern in unmittelbarer Nähe der Konfliktregion auf das Ende des Krieges warten mußte. Diese Verknüpfung der scheinbar neutralen Flüchtlingslager mit repressiven Aufhalteinrichtungen stellt einen Präzedenzfall für die EU-Migrationspolitik dar und lieferte ein Modell für die 2003 vom britischen Premier Blair vorgeschlagenen exterritorialen Lager.

Die seitdem entstandenen großen Durchgangslager (in Süds Spanien und -italien, auf den mittelmeerischen Inseln, in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla und jüngst auf den Kanaren) sind Experimentierfelder der Durchsetzbarkeit repressiver Migrationspolitik. Außerdem stellen sie eine organisatorische Voraussetzung für Massenabschiebungen in die Herkunfts- oder Transitländer dar. Ihre Aufgabe ist nicht so sehr die Unterbringung von Flüchtlingen oder die Annahme von Asylanträgen, sondern die Verwaltung der Weiter- oder Zurückbeförderung und die Abschreckung der Flüchtlinge, was sich an den geringen Aufnahmekapazitäten und der direkten Anbindung an Infrastruktur wie Flughäfen festmachen lässt. In ihnen soll der Zugriff auf die MigrantInnen durch ihre Isolierung erleichtert werden. Isolierung und Entrechtung gehen hier Hand in Hand, da die InsassInnen oft ohne Kontakt zur Außenwelt, zu Organisationen, AnwältInnen und ÄrztInnen der Willkür der Lagerverwaltung ausgeliefert sind. Die Konzentration der Flüchtlinge und die oft geringe Aufnahmekapazität verstärken noch den medial vermittelten Eindruck einer ‚Flut‘, die sich über EU-Europa zu ergießen droht. Die Zusammenarbeit mit den die EU umgebenden Ländern stehen schon lange oben auf der Agenda der Migrationsabwehr: In Abkommen der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten mit osteuropäischen und nordafrikanischen Ländern sind Maßnahmen gegen Migration, Rücknahmeabkommen sowie Technologietransfer zu einem elementaren Bestandteil geworden. Häufig landen die abgeschobenen MigrantInnen hier erneut in offiziellen oder geheimen Lagern.

Das Konzept der systematischen Etablierung von Lagern rund um EU-Europa ist zurzeit innerhalb der EU nicht konsensfähig. Die 2003 von der britischen Regierung angestoßene Diskussion um exterritoriale EU-Lager, deren Ton 2004 von Otto Schily noch verschärft wurde, flackert zwar nur sporadisch wieder auf – zuletzt anlässlich der Bilder von den Zäunen um Ceuta und Melilla im Sommer diesen Jahres – tatsächlich besteht aber bereits eine mehr oder weniger verborgene Lagerinfrastruktur um EU-Europa herum, die sukzessive ausgebaut wird.²

1 Diese Aussage bezieht sich auf eine These von Kotek und Rigoulot, die das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert der Lager bezeichnen. Sie spannen einen Bogen von den Lagern der spanischen KolonisatorInnen auf Kuba 1896 über die Gulags in der Sowjetunion und die Arbeits- und Vernichtungslager der Nazis bis zu den Lagern in Jugoslawien. Ihrem Schluß, dass die Lager an Bedeutung abgenommen hätten und gar im Verschwinden begriffen seien, muß aber (leider) energisch widersprochen werden.

2 Eine Karte, die den Stand von Ende 2005 für die EU und die angrenzenden Länder wiedergibt, findet ihr unter: http://www.noborder.org/files/060218eu_camps_map_en.pdf, Eine Karte mit ausführlicherem Index, die den Stand vom Juli 2004 hauptsächlich für die EU darstellt, unter: http://www.nolager.org/files/0407camps_in_europe.pdf



Foto: José Palazón Osma/PRODEIN – Dank an UMBRUCH-Bildarchiv Berlin

Das Bild zeigt die Aufräumarbeiten am Zaun um Melilla nach dem 03.10.2005. In den frühen Morgenstunden hatten etwa dreihundert MigrantInnen versucht, die Grenze zu überwinden. Viele von ihnen wurden durch den messerscharfen Stacheldraht, durch Prellungen und durch Schläge schwer verletzt.

Gesellschaftliche Akzeptanz

Auch auf gesellschaftlicher Ebene kann eine wachsende Akzeptanz der Lagerunterbringung von Flüchtlingen diagnostiziert werden. Eine widersprüchliche Entideologisierung der Lager-Figur in der BRD ist dabei von entscheidender Bedeutung: ‚Auschwitz‘ ist zum Synonym für die Vernichtung von Menschen geworden, die aber zwingend mit Ideologie, Totalitarismus und Diktatur einhergeht. In dieser Verknüpfung des Vernichtungsaspekts der Nazi-Lager mit dem System der Diktatur, kann als Gegenpart ein reines Auffang- oder Aufbewahrungslager als neutrales Instrument (‚humanitäre Hilfe‘) erscheinen, das von demokratischen, nicht totalitären Staaten bedenkenlos benutzt werden kann. Dabei wird die repressive und zurichtende Wirkung der technischen Verwaltungsabläufe in den ‚Aufnahmestellen‘, die Tote auch durchaus in Kauf nimmt, ausgeblendet.

Zu der breiten gesellschaftlichen Zustimmung tragen die in den Medien vermittelten Bilder von entindividualisierten Flüchtlingen, die mit notstandsähnlichen Maßnahmen von professionellen HelferInnen mit Handschuhen und Mundschutz auf Tragbahnen von den Booten geholt werden, in hohem Maße bei. Hierbei wird jedes Mal wieder eine diffuse Bedrohung durch Schmutz, Seuchen und Chaos inszeniert. An diese können verbreitete rassistische Stereotype über Menschen aus Afrika anknüpfen und so die Frage danach, warum Menschen sich so eine Reise antun, verunmöglichen. Die strikte Trennung von einheimischer Bevölkerung und MigrantInnen durch das Lagersystem, die jede spontane Hilfe oder Kontaktaufnahme unterbindet, trägt zu dieser Entfremdung und Verdinglichung der Flüchtlinge bei. Die Medien werden dann quasi zu dem Ort, an dem der Kontakt stattfindet, was den BetrachterInnen neben dem Bedrohungsgefühl auch eine Ohnmacht suggeriert, nicht helfen und nichts tun zu können, sodass es wie eine gute Lösung erscheint, wenn ‚die‘ gar nicht erst kommen würden. Die exterritorialen Lager erhalten ihre Legitimation durch ihre scheinbare

Alternativlosigkeit und den humanen Anschein. Sie machen die Flüchtlinge als Menschen unsichtbar und verhindern durch ihre ‚Verbannung‘ aus der Gesellschaft ein In-Frage-Stellen der Beziehungen zwischen dem postkolonialen Afrika und der ‚westlichen Zivilisation‘. In den boat people personifizieren sich alle Probleme des Kontinents und damit auch die leise Ahnung, ihr Elend könnte eventuell etwas mit unserem Reichtum zu tun haben. In der Abwehr dieser Fragestellung, d. h. der Abwehr der Menschen auf den Booten, sind sich nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen in EU-Europa einig.

Gegenwehr

Die Kräfte, die sich gegen diese Entwicklung wehren, sind marginal. In erster Linie sind es die MigrantInnen selber, die immer neue Wege suchen und finden, das Grenzregime doch zu umgehen. In den Lagern schließen sie sich zusammen und organisieren Hungerstreiks und Öffentlichkeit. (In Deutschland fand zuletzt ein vierwöchiger Hungerstreik im ‚Flüchtlingslager‘ Oldenburg und ein Warnstreik in Bramsche-Hesepe statt). Im Rahmen eines internationalen Aktionstags am 7. Oktober diesen Jahres gingen von der Ukraine bis Kamerun überall Menschen auf die Straße, um gegen die repressive Migrationspolitik zu protestieren.

Ironischerweise werden die Pläne der EU zurzeit allerdings am meisten durch ihre eigene Uneinigkeit und die ‚mangelnde Kooperation‘ einiger nordafrikanischer Regierungen aufgehalten. Letztere sind nämlich einerseits häufig froh, einen Teil der Bevölkerung per Migration loszuwerden und wollen sich die ‚Rücknahme‘ wenigstens ordentlich bezahlen lassen. Andererseits stehen die Regierungen zum Beispiel im Senegal auch unter Druck aus der Bevölkerung, den neo-kolonialen Verhaltensweisen der EU etwas entgegenzusetzen.

Bleiberecht nur für ‚Nützliche‘?

In der BRD leben ca. 200.000 Menschen, die aufgrund der restriktiven Gesetzgebung kein Asyl erhalten haben, mit einer Duldung. Sie sind also ‚ausreisepflichtig‘, können aber – meist wegen der Lage in ihren ‚Herkunftsländern‘ – nicht abgeschoben werden. Dieser Status ist mit extremen Unsicherheiten und Beschränkungen verbunden, die oft über Jahre anhalten. Die Geduldeten selbst, antirassistische und Menschenrechtsinitiativen fordern daher seit langem ein Bleiberecht, das diesen prekären Status beendet. Durch die beharrlichen Proteste der letzten Monate und Jahre ist in die Diskussion um das Bleiberecht jetzt endlich Bewegung gekommen. Die Innenministerkonferenz (IMK) hat am 17. November 2006 eine Bleiberechtsregelung verabschiedet, die Bundesregierung hat eine gesetzliche Lösung für nächstes Frühjahr angekündigt. Eine erste Analyse der IMK-Einigung durch PRO ASYL ergibt, dass sie in vielen Fällen nicht greifen wird. Neben dem Problem der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes trotz faktischem Arbeitsverbot enthält die jetzige Einigung zahlreiche weitere Hürden. Zu den problematischsten Ausschlussmechanismen gehört das Kriterium des ausreichenden Wohnraums, die ‚fehlende Mitwirkung bei der eigenen Abschiebung‘ und die langen Fristen von sechs bzw. acht Jahren bisherigem Aufenthalt. Die IMK hat selbst angekündigt, dass nur 20.000 bis 30.000 Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis erhalten werden. Die Kirchen gehen sogar von einer noch geringeren Anerkennungsquote von nur drei bis fünf Prozent aus. Für die Mehrheit der Betroffenen erhöhe sich stattdessen der Ausreise- und Abschiebedruck. Nicht die berechtigten Bedürfnisse der Menschen auf ein Leben jenseits von bloßem Überleben sind also der Maßstab der jetzigen Einigung, sondern der Bedarf des Staates nach ‚nützlichen‘ Arbeitskräften und das Bestreben, die anderen möglichst schnell wieder loszuwerden.

Weitere Analysen, Artikelsammlungen und Forderungen zur Bleiberechtsregelung findet ihr hier:

www.deutschland-lagerland.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de/bleiberecht.php
www.proasyl.de/
www.aktivgegenabschiebung.de/

- 1 Frente del Pueblo en Defensa de la Tierra (Front des Volkes zur Verteidigung des Bodens), sympathisiert mit der EZLN (siehe 8) und mit der mit der Anderen Kampagne (siehe 2).
- 2 Die Andere Kampagne ist eine Initiative der EZLN zum Zusammenschluss linker Organisationen als Alternative zum Parteiensystem
- 3 PRI: Partei der Institutionalisierten Revolution, regiert seit 77 Jahren im Bundesstaat Oaxaca.
- 4 Die APPO (Versammlung der Bevölkerung Oaxacas) ist ein Zusammenschluss aus über 350 linken Gruppierungen, darunter Gewerkschaften, Bauern-, Studierenden- und Indígenaorganisationen.
- 5 Radio Universidad sendet aus der Autonomen Universität Benito Juárez de Oaxaca. Auch nach dem Angriff der Bundespolizei konnte das Universitätsgelände und damit das Radio durch die Unterstützung des Rektors und der Studierenden verteidigt werden.
- 6 PAN: Partei Nationale Aktion, konservativ, stellte von 2000 bis 2006 den Präsidenten Mexikos (Vincente Fox). Die Wahl des Kandidaten Calderón in den Präsidentschaftswahlen 2006 wird angezweifelt.
- 7 PRD: gemäßigt links, ihr Präsidentschaftskandidat Obrador fechtet die Wahl Calderóns an.
- 8 EZLN: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung.

P.S. welches für eine mexikanische Lautstärke plädiert. Dieser Artikel ist keineswegs aus Expertinnenhand entstanden, ich bin ja nicht einmal in Mexiko gewesen. Ich habe ihn geschrieben, weil mich die Kraft des Widerstands in Mexiko sehr beeindruckt. Dies ist kein mexikanischer Kampf, sondern ein Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, ein Kampf für Demokratie und Würde. Es ist ein zapatistischer Kampf, es ist unser Kampf. Und wenn wir ihn gewinnen wollen, müssen auch wir lauter werden, so laut wie die Menschen in Mexiko, deren Protestgesang und Wutgeschrei wir noch hier hören konnten.



Mexiko hören

Autonome Radiostation in Oaxaca

Seit einem halben Jahr proben die Menschen in Oaxaca den Aufstand

VON ELSA KOESTER

Das Jahr 2006 ist in Mexiko ein Jahr der Korruption, der Ausbeutung und der Unterdrückung. Der 500-jährige Kampf um Würde und Demokratie musste sich also auch dieses Jahr den brutalen Repressionen der mexikanischen Regierung stellen.

Atenco

Anfang Mai erfuhr dies bereits die Bevölkerung von Atenco. Nachdem „illegale“ BlumenhändlerInnen vom Marktplatz vertrieben wurden, kam es zum Widerstand. Die FPDT¹, welche 2001 bereits einen erfolgreichen Protest gegen den Bau eines Flughafens in Atenco organisierte, solidarisierte sich mit den BlumenhändlerInnen – gemeinsam blockierten sie eine Zubringerstraße. Daraufhin wurde die Gemeinde von 3500 Bundespolizisten gestürmt, es kam zu zweitägigen Straßenschlachten. 200 Menschen wurden verhaftet, die mexikanische Menschenrechtskommission CNDH spricht von 26 Folterungen an 11 Frauen und 15 Männern sowie 26 Frauen, welche Opfer von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigungen wurden. Ein vierzehnjähriger Junge wurde getötet. Diese polizeiliche Gewalt wird vom Umfeld der Anderen Kampagne² als Versuch der Abschreckung der Zivilgesellschaft und als Angriff auf die FPDT gewertet.

Oaxaca

Ende Mai erhoben sich die LehrerInnen des Bundesstaates Oaxaca zu ihrem jährlichen Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, besetzten sie das historische Stadtzentrum, worauf ein aggressiver Räumungsversuch der Bundespolizei erfolgte. Dies führte nach Jahren der korrupten PRI-Regierung³ zum Aufstand. Die LehrerInnen-Gewerkschaft bekam Unterstützung von zahlreichen linken Gruppierungen, welche sich zur „Versammlung der Bevölkerung Oaxacas“ (APPO)⁴ zusammenschlossen. Was als Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen anfang, wurde bald zu einer breiten Bewegung gegen den PRI-Gouverneur Oaxacas, Ulises Ruiz Ortiz.

Über fünf Monate hinweg waren sämtliche Regierungsgeschäfte lahm gelegt, Ruiz musste ins Exil nach Mexiko-Stadt flüchten und das öffentliche Leben wurde von der Bevölkerung geregelt. Von großer Bedeutung

waren und sind dabei die lokalen Rundfunksender, Radio APPO, Radio Plantón und Radio Universidad⁵, über welche die Mobilisierung und die Abwehr der paramilitärischen, bundespolizeilichen und militärischen Angriffe organisiert wurde. Trotz des enormen Drucks aus der Bevölkerung, welche von 70 000 streikenden LehrerInnen und der Anderen Kampagne in ihrer Forderung nach dem Rücktritt Ruiz' unterstützt wird, setzte sich keine Partei für den Rücktritt des korrupten und für mehrere politische Morde verantwortlichen Gouverneurs ein. Dabei spielt die bundesweite politische Situation eine wichtige Rolle: Der Präsidentschaftskandidat der PAN⁶, Calderón, ist aufgrund seiner schwachen Legitimation durch die massiven Proteste gegen den Wahlbetrug und der breiten Anhängerschaft Obradors⁷ auf die PRI-Stimmen im Parlament angewiesen, sodass sich die PAN mit Ruiz solidarisieren musste.

Am 27. Oktober diesen Jahres überfielen Polizisten und paramilitärische AnhängerInnen des Gouverneurs Mitglieder der Selbstverwaltung Oaxacas. 5000 Bundes- und Militärpolizisten stürmten die Stadt. Ein Lehrer, ein Bauer und ein US-amerikanischer indymedia-Reporter wurden getötet, insgesamt starben in dem Aufstand mindestens zehn Menschen. Die APPO rief dazu auf, Konflikte zu meiden – die bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich friedliche Widerstandsbewegung wehrte sich mit Steinen und Molotow-Cocktails. Es wurde von Agents Provocateurs der PRI berichtet, insgesamt wurden etwa 60 Personen gefangen genommen, über 300 verhaftet und es werden Foltervorwürfe erhoben. Über Oaxaca hinaus erhielt die Bevölkerung Unterstützung von der EZLN⁸, welche in einem nördlichen Bundesstaat den Übergang zu den USA blockierte, und von zahlreichen Solidaritätskundgebungen vor mexikanischen Botschaften. Selbst Obrador sah sich gezwungen, an einer Solidaritätsdemonstration in Mexiko-Stadt teilzunehmen, obwohl PRD-Regierungen anderer Bundesstaaten sich mit Ruiz solidarisierten.

Die basisdemokratische Volksmacht von unten, welche in der Anderen Kampagne gestärkt und vernetzt wird, erfährt jetzt einen weiteren Ausbau durch die APPO. Diese arbeitet auf einem Gründungskongress an dem Entwurf eines politischen Programms, um den Kampf von unten über Ruiz' Rücktritt hinaus aufrecht zu erhalten.

LSK, AS, ASSP!

MfG – mit freundlichen Grüßen



Foto: Sascha Frank

Das Präsidium der HU hat sich entschlossen, der Universität neue Rahmenbedingungen für Lehre und Studium zu verpassen, um sich als studierendenfreundliche Universität präsentieren zu können. Dumm nur, dass gerade die Studierenden es ausbaden müssen. von K. Oz

Hinter den neuen Rahmenbedingungen verbirgt sich die Allgemeine Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten – kurz ASSP. Sie definiert universitätsweit die Bedingungen für ein Studium an der HU. Das reicht von A wie Anwesenheitspflicht bis Z wie Zwangsberatung.

Die Neufassung soll ein reibungsloses Studium innerhalb der Regelstudienzeit ermöglichen. Dabei will sich die HU vor allem selbst in die Pflicht nehmen, um ein solches Studium zu ermöglichen, indem zum Beispiel obligatorische Veranstaltungen nicht mehr parallel angeboten werden sollen. Dass Derartiges durch die Modularisierung des Bachelor/Master sowie eine Vielzahl an möglichen Fächerkombinationen von vornherein unmöglich ist, findet kaum Beachtung. Vielmehr wird die Schuld für die Überschreitung der Regelstudienzeit, ganz dem vorherrschenden Trend folgend, individualisiert. Getreu dem Vorsatz ‚Fördern und Fordern‘, nur halt ohne Fördern, wird nun zum Angriff auf die Studierenden geblasen, welche die Regelstudienzeit überschreiten, die laut HU von den universitätsspezifischen Rahmenbedingungen spielend eingehalten werden können.

Hier verspricht sie sich ein probates Mittel, denn mit der Neufassung der ASSP wurde auch die Zwangsberatung einer Revision unterzogen. Bisher war die besondere Prüfungsberatung, so die offizielle Bezeichnung, im Vergleich zu anderen Universitäten, am wenigsten repressiv gestaltet.

Per Androhung der Exmatrikulation wurde der Besuch einer solchen Beratung zwar zur Pflicht, sobald die Regelstudienzeit des Grund- oder Hauptstudiums um zwei Semester überschritten wurde. Für die meisten Studierenden blieb der Besuch aber ohne negative Konsequenzen, da alle angegebenen studienverzögernden Gründe akzeptiert werden mussten, auch wenn es sich dabei „nur“ um Erwerbstätigkeit handelte.

Mit der neuen ASSP wird die Zwangsberatung

massiv verschärft, da den Studierenden jetzt Auflagen erteilt werden können, deren Erfüllung sie innerhalb von zwei Semestern nachweisen müssen. Die Auflagen sollen sich an den regelmäßigen Anforderungen an das Studium orientieren. Das können der Besuch von Lehrveranstaltungen, das Erbringen von Scheinen oder die Anmeldung zu Prüfungen sein. Bei unverschuldeter Nichteinhaltung, zum Beispiel auf Grund von längerer Krankheit, darf noch ein weiteres Semester studiert werden. Sollten die Auflagen dann immer noch nicht

erfüllt sein, folgt unweigerlich die Zwangsexmatrikulation. Zu den selbstverschuldeten Gründen zählen so

nebensächliche Dinge wie Kinder, pflegebedürftige Angehörige, gesellschaftliches und hochschulpolitisches Engagement sowie die Erwerbstätigkeit zur Studienfinanzierung. Sie müssen zwar schon beim sogenannten Beratungsgespräch (sic!) und bei der Erteilung der Auflagen Berücksichtigung finden, folgt man jedoch den teilweise haarsträubenden Erfahrungen der FU-Studierenden mit der beauftragten Zwangsberatung, werden solche Gründe eher weniger Berücksichtigung finden, da die HochschullehrerInnen niemandem Rechenschaft schuldig sind. Zwar können die Auflagen auf Antrag des Studierenden im Prüfungsausschuss revidiert werden. Doch wenn bedacht wird, dass dort teilweise die gleichen Personen sitzen, wie zuvor im Beratungsgespräch, ist das Ergebnis wohl schon vorher bekannt.

Möglichkeiten zum Eingreifen bieten sich indes kaum noch. Nachdem die Zwangsberatung von der Kommission für Lehre und Studium (LSK), in der die Studierenden die Mehrheit haben, abgelehnt wurde, setzte die professorale Mehrheit im Akademischen Senat (AS) sie durch. Sollte die ASSP von der Senatsverwaltung akzeptiert werden, und danach sieht es aus, bleibt nur noch der Gang vor das Verwaltungsgericht, da studentischer Protest wohl ausbleibt.

Wer Probleme im Zusammenhang mit der Zwangsberatung bekommt, kann sich unter lust@refrat.hu-berlin.de an das Referat für Lehre und Studium im ReferentInnenrat wenden.

Er ist die Nummer 1. In einer (nicht repräsentativen) Umfrage unter rund 2000 Hochschul-lehrerInnen konnte Jürgen Zöllner in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal den Spitzenplatz als beliebtester Wissenschaftsminister im Ländervergleich erringen. Der wohl profilierteste Bildungs- und Wissenschaftspolitiker der SPD ist seit inzwischen 15 Jahren in Rheinland-Pfalz im Amt und könnte sich, 61-jährig, so langsam zufrieden in den Ohrensessel sinken lassen. Aber nein, Großes harrt seiner. Berlin

präsentiert, der häufig den Eindruck erweckte, er sei den anderen (links wie rechts) einen Schritt voraus.

„Der Feind des Guten ist das noch Bessere! Und dem noch Besseren sind wir alle verpflichtet.“

Jürgen Zöllner hat seit Mitte der 90er Jahre ein ganz eigenes Modell der individualisierten Studienfinanzierung entwickelt, das Studienkontenmodell. Kurz gesagt handelt es sich um einen Gutschein, der bei Aufnahme des ersten (!) Studiums 200 (+/-) Semesterwochenstunden zur Abbuchung bereithält, die in einer vorgegebenen Zeit kostenfrei verbraucht werden können; danach muss der/die Studierende den Verbrauch an der Ware Bildung bezahlen. Der Minister wird nicht müde zu betonen, dass es dabei um die Vermeidung von Studiengebühren geht, nicht

um ihre Einführung, was inzwischen kaum noch jemand in Zweifel zieht. Zöllner wird bundesweit als letzter Verfechter des gebührenfreien Studiums apostrophiert. Auf diese Idee hätte 1998 mal jemand kommen sollen. Was genau das Gute an Studiengebühren ist, erschließt sich nicht (Lesen Sie bitte die einschlägigen, hoffentlich an jeder Ecke erhältlichen Flugschriften zum Thema!). Warum dann aber Gebühren auf der Hintertreppe besser sein sollen, kann niemand schlüssig erklären. Warum ein gebührenfreies Studium hingegen gut, wenn nicht gar die beste Idee ist, erschließt sich sofort (Lesen Sie bitte usw.). Warum es dann aber einer Verbesserung durch die Gebührendrohung, die das Studienkontenmodell zweifellos enthält, bedarf, bleibt schleierhaft. Das schlagkräftigste (nicht das vernünftigste) Argument für die Konten ist die Angst vor den überall drohenden allgemeinen Gebühren. Zöllner hat schlicht das kleinere Übel parat. Warfen ihm einst zumeist linke KritikerInnen gewohnt analytisch korrekt und ebenso wirkungslos vor, das Studienkontenmodell fördere die Einführung allgemeiner Gebühren, sieht Zöllner sich jetzt mit der

Situation konfrontiert, dass die Gebühren in mehreren Ländern bereits beschlossen sind und sein Modell dadurch nicht mehr gar so innovativ da-

herkommt, dafür allerdings gegen die sonstige Abzocke direkt human erscheint, jedoch einige gar nicht so überraschende praktische Schwächen aufweist. Was einen fahlen Lichtschein auf seinen Wechsel nach Berlin wirft.

Das wesentliche Problem aller Landesregelungen jenseits der Einführung allgemeiner Studiengebühren ist die Tatsache, dass sie nicht funktionieren können, wenn nicht alle mitmachen. Bekanntermaßen gibt es Länder, die sehr bald allgemeine Gebühren erheben werden und andere, die das nicht tun werden. Preisfrage: Welche dieser Länder werden (zumindest kurzfristig) den höchst-

Der Superzöllner kassiert

Die Wiederauflage der SPD/PDS-Koalition im Land Berlin hat mit dem bisherigen rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner einen kapitalen Fang gemacht.

VON DANIEL KRETSCHMAR

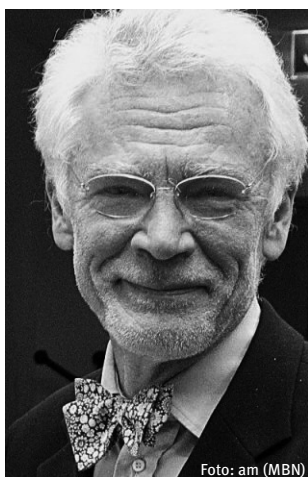
braucht ihn; die berliner SPD vor allem, denn mit dem bisherigen Amtsinhaber hat es nicht so gut geklappt.

Es heißt, Klaus Wowereit und Thomas Flierl seien sich nicht „grün“ gewesen, die „Chemie“ habe nicht gestimmt, und so war der Abschied des letzteren eine der Bedingungen für die Fortführung der Koalition in Berlin. Politik, so sachorientiert, dass es im Gebälk gar heftig knacken tut. Ob in den Hochschulleitungen nun das große Zittern angesichts des Nachfolgers des gelangweilten Kultursenators beginnt? Für den immer leicht weltabgewandt wirkenden Intellektuellendarsteller waren die Hochschulen die ungeliebte Zugabe zum Ressort, verzichtbarer Tand, der jedoch nicht schlecht mit dem demonstrativen Desinteresse der Administration fuhr. Der Senator hatte keinen Plan, keinen Willen, ja, rein gar nichts erkennen lassen, was in den Präsidialbüros in Mitte, Dahlem oder sonstwo irgendwen hätte einschüchtern können.

Zöllner hingegen... Der Mann kommt vom Fach. Medizinprofessor, Hochschulrektor a.D., amtierender Minister, gremienerfahren, verhandlungsfest, respektiert allerorten, und vor allem hat er eine Vision (obwohl dieser Begriff vielleicht irreführt, der Mann ist schließlich seit 34 Jahren Sozialdemokrat.). Was will er in Berlin? Wenn er überhaupt im eigentlichen Sinne will:

die Personaldecke der SPD ist dünn und ein zumindest vorgeblich wichtiges Amt wie das des Senators für Wissenschaft und Bildung mal eben kompetent besetzen zu müssen, fordert die Kreativität des Apparates. Parteichef Kurt Beck fädelt auf dem kurzen Dienstweg eine Personalrochade ein, mit der er, im Nebenberuf Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, seinen Vertrauten Zöllner nach Berlin holt. Voilà, es ist angerichtet. Aber was genau? Zöllner eilt der Ruf des herausragenden Akademikers und erfolgreichen Politikers voraus. Im Zuge der Föderalismusreform hat er sich zusätzliche Meriten als Diplomat im Auftrage sowohl der Partei als auch der Länderinteressen verdient. Zuallererst aber hat er bisher zu jeder Reformidee im Hochschulwesen eine ganz spezielle Variante, eine Art Zöllner-Spin

Autonomie ist gut, Kontrolle ist besser. Ein Schelm, wer da gleich an die Studienkonten und Zwangsberatungen denkt



so sieht er aus

Foto: am (MBN)

ten Zuwachs an Studierenden und damit natürlich auch Kosten haben? Das müsste der Moment sein, wo ein Mann von Zöllners Schlag die Landeshoheit in Bildungsfragen zum Teufel wünschen müsste. Vielleicht macht er das im stillen Kämmerlein auch, öffentlich aber spielt er seinen letzten Trumpf aus: den Vorteilsausgleich. Länder, die Studienplätze über den eigenen „Absolventenbedarf“ anbieten sollen von den anderen Bundesländern, respektive dem Bund Ausgleichszahlungen zur Ausfinanzierung der fakultativ vorgehaltenen Studienplätze erhalten. Der Schönheitsfehler an dem Vorschlag: Warum sollten die Länder mit Abwanderung potentieller AkademikerInnen sich darauf einlassen? Es folgt der letzte Zug zur Verteidigung des Studienkontenmodells: die Landeskinderregelung. Nochmal: Landeskinderregelung. Es handelt sich dabei um die Konstruktion eines „Bildungsinländertums“ auf Bundesländerebene. Konkret heißt das: wer aus'm Dorf kommt, kann im Rahmen des Kontenmodells im Dorf Schmied lernen, wer ausm andern Dorf kommt, muss gleich zahlen. Doch auch hier tut sich ein Problem auf: Hamburg ist mit einer ähnlichen Regelung vor Gericht glorios gescheitert. Ein Student hatte gegen die Erhebung einer wohnortsindizierten Gebühr geklagt und gewonnen. Interessanter Problemlösungsansatz: Statt den Murks ad acta zu legen, ist man gleich zur Erhebung allgemeiner Studiengebühren übergegangen. Es lohnt sich durchaus, darauf zu achten, gegen wen Prozesse so gewonnen werden! In Bremen bahnt sich das gleiche Spektakel an, in Rheinland-Pfalz jedoch wird die entsprechende Regelung gerade durch die parlamentarischen Gremien geschleust; eine erwiesenermaßen verfassungswidrige und unpraktikable Regelung, unterschrieben von Jürgen Zöllner. Wird Berlin seine Zuflucht vor den zu erwartenden Problemen? Wenn der Schuss mal nicht nach hinten losgeht.

Die schönste Kritik zu Studienkonten steht übrigens in einem Papier der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHK): „Die geplanten Studienkonten lehnen die vier rheinland-pfälzischen IHKs ab, da sie Studierende benachteiligen, die während des Studiums in ein anderes Bundesland wechseln.“. Sehr gut beobachtet, eins, setzen!

„Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Studium und Lehre aus der Sicht der Studierenden wie der Lehrenden eine wechselseitige Verpflichtung beinhalten und eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit darstellen.“

Jürgen Zöllner redet gerne über, seltener mit Studierenden. Die Studierendenschaften in Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen Jahren, insbesondere zur Novelle des dortigen Landeshochschulgesetzes in 2003, immer wieder beklagt, dass ihre Beteiligung an den Entscheidungsprozessen offenbar nicht erwünscht sei. Interessierte können schon mal anfangen, Papiere, Gesetze, Entwürfe und Rechtsverordnungen aus dem fernen Süd-Westen

der Bundesrepublik zu studieren. Es lohnt sich durchaus, hatte der dienstälteste Wissenschaftsminister der Bundesrepublik doch hinreichend Zeit, seine Vision einer funktionierenden Hochschul Landschaft umzusetzen. Sehr innovativ das alles, natürlich mit Zöllner-Spin. Die Hochschulhaushalte sind nicht im gewohnten Sinne autonom verwaltet, jedoch flexibel. Das heißt, das Land gibt Kennzahlen vor, die erreicht werden sollen, wozu die einzelnen Haushaltsposten sich weitestgehend gegenseitig decken können. Die Leistungsvergabe ist leistungsbezogen, sonst bräuhete es ja auch keine Kennzahlen. Die Hochschulleitungen sind straff organisiert, der Gremieneinfluss ist zurückgedrängt, der Hochschulrat (eine Art Kuratorium) ist hochkarätig besetzt und hat weitgehende Mitspracherechte. Studierende haben in dieser Verantwortungskette kaum Möglichkeiten einzugreifen oder sich überhaupt Gehör zu verschaffen. Der Minister selbst hat sich landesgesetzlich neben der Rechtsaufsicht noch die eine oder andere Fußangel legen lassen, über die er steuernd eingreifen kann:

„Verantwortung meine ich hier ausdrücklich nicht als Einbahnstraße, sondern als wechselseitige Beziehung zwischen Hochschule einerseits sowie Staat und Gesellschaft andererseits.“

Klartext: Autonomie ist gut, Kontrolle ist besser. Das gleiche Prinzip gilt selbstverständlich für die Beaufsichtigung des Studierverhaltens der Landes- und anderer Kinder. Ein Schelm, wer da gleich an die Studienkonten und Zwangsberatungen denkt.

Jürgen Zöllner war in den vergangenen Jahren die prägende Figur hochschulpolitischer Praxis in der SPD und hat bewiesen, dass das kleinere Übel nur der Vorbote des größeren ist und dass sich beide häufig zum Verwechseln ähnlich sind. Ob der frischgebackene Senator irgendetwas in Berlin bewegen kann, hängt natürlich nicht allein von ihm ab. Zöllner ist zum Beispiel dringender Verfechter des Verbleibs aller Gebühren an den Hochschulen. Die Diskussionen mit Thilo Sarrazin werden sicher recht erbaulich werden. Daneben darf nicht vergessen werden, dass das regelmäßig in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geratende Schulsystem der Stadt auch in seiner Verantwortung liegt.

Von einem Traumjob kann recht eigentlich nicht die Rede sein, von allzu großem Mitleid mit Jürgen Zöllner ist trotzdem abzuraten.

Zitate aus Zöllner-Reden der letzten 3 Jahre.



Engagierter Studi – wird nicht tatenlos zusehen wie Zöllner sein Programm durchzieht!

Plug in: Mit Parkbänken zum Flowerpower

VON HUSKY

Das mag jetzt alles nach einer sehr eigensinnigen Argumentation klingen „häh, durch Parkbänke zur gerechten Gesellschaft?“. Aber in einer Gesellschaft, wo selbst die Nutzung von Sitzgelegenheiten hierarchisch organisiert ist und Treffpunkte sowie Raum dadurch ziemlich limitiert sind, ist ein allgemeiner Umbruch schwer zu planen und durchzuführen. Wenn Menschen die Straße nur nutzen, um von A nach B zu laufen und nur wenige auf den Wegen sind, weil sie wollen oder keine andere Wahl haben, dann wird das Gesamtstraßenbild leichter zu überwachen, da die meisten Menschen brav in Privat- oder Konsumstuben sitzen.

Es wird Zeit für ein plausibles Gegenkonzept. Parkbänke zum Beispiel. Erst kommen Gelegenheiten, Raum zu nutzen. Dadurch werden mehr Möglichkeiten aufgemacht, ständig Miteinander umzugehen und voneinander zu lernen.

Stellen wir uns doch mal vor, auf den vielen öffentlichen Bänken am Potsdamer Platz sitzen vier politische Gruppen und

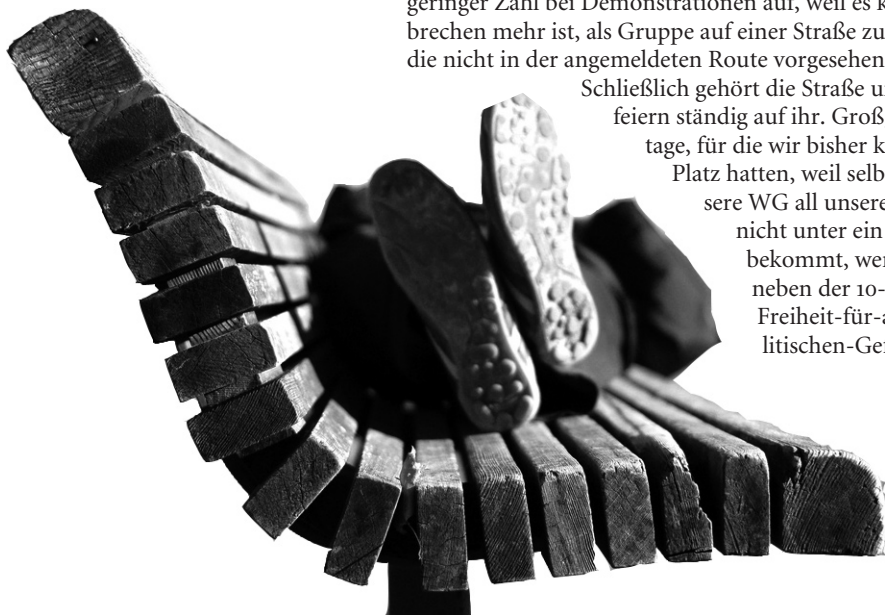
halten ihr Plenum ab. Um sie herum laufen TouristInnen, setzen sich interessiert dazu, bringen ein paar Sterni mit und freuen sich, dass sie ein englisch/spanisch/... sprechendes Grüppchen gefunden haben, welches [so] hoch brisante Fragen bespricht. Wenn es zu laut wird, wechseln alle auf Gebärdensprache, da diese schulpflichtig und allen bekannt ist. Ein paar Fußschwache haben sich einfach mit in eine Antiragruppe gesetzt und stellen fest, dass das hier wichtiger ist als Fernsehen. Wenn es kalt wird, werden die allgemein zugänglichen Heizpilze bei den Sitzgelegenheiten angeschaltet oder eben Feuer gemacht. Bei Regen drängeln sich die Gruppen unter große und überall verfügbare aufklappbare Riesenschirme. Die Straßen sind derart angefüllt mit Leben, dass es einfach normal ist, Menschen zu begegnen, mit denen wir sonst selten ins Gespräch kommen. Ständig laufen wir an Leuten vorbei, die auf einer Bank sitzen und sich lieb haben. Nicht ausschließlich die bisher gesellschaftlich akzeptiertesten Formen von Zuneigung werden öffentlich ausgedrückt, sondern alle. Ein gutverdienender Mann schiebt schüchtern einen Wärmepilz an einen auf einer Bank Schlafenden heran, den er noch Wochen zuvor am liebsten durch die Polizei entsorgen hätte lassen wollen, überlegt es sich dann anders und fragt ihn, ob er nicht einfach in seiner völlig unausgelasteten 3-Zimmer Wohnung schlafen möchte. Später kämpfen beide zusammen in einer großen Gruppe, die sich auf dem Lausitzer Platz kennen gelernt hat, für kostenlosen Wohnraum. Die Polizei taucht nur noch selten und in geringer Zahl bei Demonstrationen auf, weil es kein Verbrechen mehr ist, als Gruppe auf einer Straße zu laufen, die nicht in der angemeldeten Route vorgesehen war.

Schließlich gehört die Straße uns, wir feiern ständig auf ihr. Großgeburtstage, für die wir bisher keinen Platz hatten, weil selbst unsere WG all unsere Lieben nicht unter ein Dach bekommt, werden neben der 10-Jahre-Freiheit-für-alle-politischen-Gefange-

nen-Party auf der Oberbaumbrücke gefeiert. Alle sind kurz verwirrt als plötzlich eine Gruppe FriedrichshainerInnen auf der einen Seite und eine Kreuzbergfraktion auf der anderen mit Biomüll bewaffnet ankommt, schnappen sich dann aber Geburtstagskuchenreste und schlagen sich willkürlich auf die eine oder andere Seite der Oberbaumbrückenwasserschlacht.

Sporthallen werden entweder als Wohn- und Spielraum für Kinder freigegeben, die nicht mehr ihren Eltern ausgeliefert sein wollen oder haben nur noch im Winter kostenlos geöffnet, da ohnehin niemand mehr in Hallen eingesperrt Sport macht. Schließlich gibt es genug Straßen und Bänke zum Ausruhen oder Zusehen und Anfeuern. Da die Straßen jetzt schwer für den individuellen Verkehr nutzbar sind, wird der öffentliche ausgebaut. Autos sind nur noch in Ausnahmefällen nötig. Da jetzt alle auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, fällt auf, dass diese zu teuer sind und bürgerliche Kräfte können sich der Forderung nach dem Nulltarif endlich anschließen. Wenn sich Nazis in Gruppen auf die Straße trauen, sehen sie sich sofort vielen Menschen gegenüber, die ihnen jede Form von Übergriff unmöglich machen. Die Straßen gehören schließlich allen und die Ideologie von Nazis basiert auf Ausschluss und Hierarchie. Auf der Straße zu laufen, bringt niemanden mehr zum Fürchten, da immer viele eingriffsbereite Menschen unterwegs sind. Als sich ein Mob aus Ex-PolizistInnen entschließt, mit Nazis gemeinsame Sache zu machen, werden sie gestoppt und überrannt. Deutschland lernt endlich aus seiner Geschichte und löst sich auf. ...

Eine Utopie? Konzept einer Wahnsinnigen? Finden wir es heraus. Wir schaffen einfach mehr Parkbänke und Raum. Schauen wir ob es dazu führt, dass die Leute die Straße als ihren Raum begreifen, ob sie anfangen strukturelle Unterschiede wahrzunehmen, ob sie sie dann auch verändern. Wenn es nicht klappt, was haben wir zu verlieren? Ein paar Sitzgelegenheiten mehr gibt es dann in jedem Fall und diese schaden weder Stadtbild noch Lebensgefühl. Und wer die ganzen Menschen aus verständlicher Scheu nicht aushält, hat bestimmt dank größerer Auswahl auch eine Bank für sich. Wer die zur Schau gestellte Zuneigung nicht ertragen kann, schnappt sich einen Schirm und baut einen Sichtschutz.



Cut it out: Märtyrer!

VON KASKI



Mit Herbstbeginn endet die Zeit da draußen. Dafür fangen die Uhren in den Stuben zu ticken an. Vor allem leuchten die kleinen Displays der von Tanten und Onkeln ausrangierten Videorekorder (sie mussten einem Stylo-DVD-Player den Platz räumen) während der kalten Jahreszeit immer häufiger munter auf und versüßen uns die dunkle, dunkle, dunkle Zeit, indem ihre kleinen digitalen Ziffern nach Ende des Films fast wie unmittelbar auf neunzig Minuten später gesprungen zu sein scheinen.

Im Verlauf des Winters greifen unsere bläulich erstarrten Fingerchen (sofern wir nicht bereits jeglichen Sinn für Sentimentales politisch abgetötet haben) dann immer häufiger nach jenen leichten und bürgerlichen, Liebe und Romantik versprechenden Kassetten, von denen wir uns erhoffen, dass sie uns für ein kleines Weilchen vergessen machen, dass das was sie uns zeigen werden, Teil dessen ist, wogegen wir sommers auf Straßen und Plätzen aufzubegehren pflegen. Diese Illusion (diese Winterpause) wäre uns vielleicht sogar vergönnt, würden wir nicht nach dem siebten Film jener unsäglichen Szene gewahr, die uns in mindestens dreien, wenn nicht sogar vierein, der geschauten Streifen, in Variationen penetrierte! Ich spreche von der Parkbankszene!

All diejenigen unter Euch, die wissen wovon ich spreche, brauchen nicht weiter zu lesen. Wer dagegen nicht weiß von die Rede ist, sollte nun in jedem Fall die Lektüre dieses Textes beenden! Zumindest sei er/sie gewarnt! Mit dieser Szene verhält es sich wie mit dem guten Rat-schlag, mensch solle, wenn mensch eine Sternschnuppe sieht und sich etwas wünschen wolle, auf keinen Fall zuvor an einen grünen Elefanten denken. Unmöglich! Hat mensch sich diese Szene einmal bewusst gemacht, gibt es kein zurück mehr. Das sich-hinein-träumen in

die bürgerliche Illusion ist dann ein für alle mal passé.

Eine gewöhnliche Liebesgeschichte folgt einem gewöhnlichen Muster: Zwei, die sich nicht kannten, lernen sich kennen. EineR von beiden ist gerade verlassen worden. Sie lernen sich kennen und können sich nicht leiden („aber das sollen sie – bitte, bitte“ hoffen wir und wissen insgeheim bereits, dass sie für einander bestimmt sind). Schließlich folgt eine kurze aber intensive Phase der Annäherung – sie ham` sich schrecklich lieb, the one and only, alles dreht sich, Park, Sex, Stadt, Restaurants, Kultur – und bumms folgt die Enttäuschung! Häufig im wahrsten Sinne des Wortes: Ent-täuschung. Es war alles eine Wette! Oder er hat eine Andere! Sie ist das Gewissen und er hat Scheiße gebaut. Allerdings hat er, während er die Scheiße zu einem Türmchen türmte, sich – zu dumm – dann doch ganz ehrlich verliebt. Und jetzt kommt sie, die unsägliche, die Parkbankszene. Jene Szene, die uns daran erinnert, dass es da draußen ungemütlich ist. Und weil wir daran erinnert werden, erinnern wir uns auch daran, dass das was wir gerade gesehen und erlitten haben, doch eigentlich das ist, weshalb wir solche Filme sehen wollen, um eben das, was wir gesehen haben, zu vergessen, indem diese Filme es schaffen, uns nicht an das zu erinnern, was wir vergessen wollten.

Die Parkbankszene ist jene, in der er im Park auf einer Bank sitzend auf sie wartet, weil sie ja immer durch diesen Park joggt. Sie will ihn nämlich nie wieder sehen

und geht nicht ans Telefon! Also ist er gezwungen ihr aufzulauern. Mit Blumen. Never Pralinen. Aber die Blumen verwelken, weil er so lange warten muss, weil er ja nicht weiß, wann sie vorüberjoggt. Also sieht man ihn stundenlang auf einer Parkbank rumsitzen und damit es auch ein richtiges Martyrium wird, in allen denkbar unbequemen Posen. Meist klappt es dann nicht gleich mit der Rückeroberung, aber bald und die Blumenstängel ohne Blüten werden zum Zeichen seiner Selbstkasteiung, die alles wieder gut macht. Aber eigentlich ist uns das alles jetzt auch schon egal, denn wir sind daran erinnert worden: draußen ist es unbequem! Und Märtyrer sind eh zum Kotzen!

Studentische JobberInnen: Beliebte Waffe zur Reduzierung arbeits- und sozialrechtlicher Standards?

Scheiße ist Arbeit!

Ihr müsst Euer Studium selbst finanzieren? Ihr arbeitet als Studentische Hilfskraft? Dann habt ihr trotzdem eine ganze Reihe von Rechten. Einen Bericht aus der Arbeitsrechtlichen Anfangsberatung und viele Tipps und Tricks liefern **KOLJA FUCHSLOCHER UND SUSEN FISCHER**

Viele Studierende sehen sich zu Beginn und während ihres Studiums vor große Herausforderungen gestellt. Nicht unwesentlich dabei ist, dass Studium an sich zu finanzieren. Jobben nimmt hierbei eine bedeutende Rolle ein. Laut der 17. Sozialerhebung des deutschen Studierendenwerkes arbeiten rund 68% aller Studierenden neben dem Studium. Wiederum 41% davon müssen durch einen Job ihren gesamten Lebensunterhalt bestreiten.

Und gerade im Bereich der Arbeitswelt warten auf Studierende unverhoffte Überraschungen. Sie arbeiten in den verschiedensten Bereichen, sind bei ihren ProfessorInnen angestellt, kellnern und spülen in der Gastronomie, leihen in Call Centern gestressten KundInnen ihr Ohr, befüllen die Regale und kassieren im Einzelhandel. So unterschiedlich ihre Tätigkeiten, so unterschiedlich fallen auch die Löhne und arbeitsrechtlichen Schief lagen aus. Sie befinden sich überdurchschnittlich oft in prekären Arbeitsverhältnissen:

Jobben ohne Arbeitsvertrag, nicht bezahlte Krankheitstage, Nichtgewährung von gesetzlichem (bezahlten) Mindesturlaub, Verweigerung der Lohnauszahlung. Gerade Studierende ohne Berufsausbildung haben oft keinen blassen Schimmer von ihren Rechten als ArbeitnehmerInnen und fordern diese dementsprechend auch nicht ein. Eher wechseln sie den Job. Studentische JobberInnen sind allen anderen ArbeitnehmerInnen rechtlich gleichgestellt. Doch ist diese Tatsache den wenigsten bekannt, weshalb studentische JobberInnen bei ArbeitgeberInnen so beliebt sind.

In den Betrieben selbst entsteht durch dieses Phänomen eine Konkurrenzsituation zwischen „normalen“ und studentischen ArbeitnehmerInnen. Erstere befürchten nicht selten von letzteren aus ihrem Arbeitsplatz gedrängt zu werden und sind zu immer weitergehendem Verzicht auf arbeitsrechtliche Standards, Gehalt und so weiter bereit. Studierenden ist dieses Phänomen nicht bewusst: sie sehen den Job als eine Nebenbeschäftigung an, der nach Bedarf beliebig ausgetauscht werden kann – eine Chance, die „normalen“ ArbeitnehmerInnen oftmals verwehrt ist. Die Abwärtsspirale der Löhne sowie der arbeits- und sozialrechtlichen Standards wird vorangetrieben. Lachende Dritte: Die ArbeitgeberInnen.

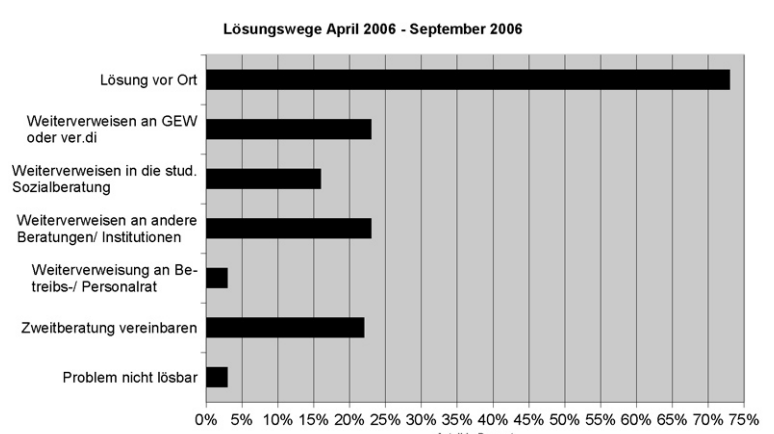
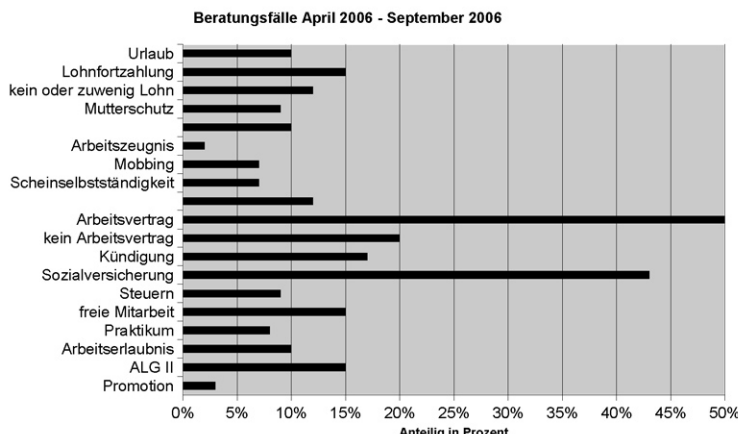
Aber auch andere Probleme drohen, wenn studentische ArbeitnehmerInnen nicht auf ein paar Dinge achten. Die Krankenkassen möchten über Beschäftigungsverhältnisse ebenso informiert werden, wie ArbeitgeberInnen über zweite und weitere Jobs. Wer selbständig arbeitet, braucht darüber hinaus noch eine Steuernummer vom Finanzamt und muss jährlich eine Steuererklärung einreichen. Bei Versäumnissen dieser Art fordern diese Stellen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge nach, die leicht in die Tausende gehen können – für die betroffenen Studierenden ein finanzieller Super-GAU.

Übrigens: Unwissenheit schützt nicht! Daher sei dringend geraten, sich ausführlich zu informieren.

Hilfe bei Fragen rund ums Jobben als StudentIn bekommt ihr bei den arbeitsrechtlichen Anfangsberatungen:

Refrat: Monbijoustr. 3
Mo 10-13h, Do 13-16h
beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de
AStA TU: Franklinstr. 28/29
Di 15-17:30h, Do 10-12:30h
campus.office@zek.tu-berlin.de
AStA FU: Otto-von-Simson Str. 23
Di 13-15:30h, Fr 10-12:30h
arbeitsrecht@astafu.de

Statistik der Arbeitsrechtlichen Anfangsberatung – Beratungsfälle und Lösungswege April 2006 - September 2006



TOP 5 derjenigen Rechte, die ArbeitgeberInnen Studierenden am liebsten verwehren

1. Das Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag
2. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
3. Vier Wochen bezahlten Jahresurlaub
4. Die Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes bei Entlassung
5. Den Anspruch auf eine regelmäßige und pünktliche Lohnauszahlung



Pfleger

Freie Mitarbeit & Co

Schreib doch mal ne Rechnung. Wer kennt diesen Spruch nicht? Dies ist ein klassisches Indiz für eine selbständige Tätigkeit. Wer selbstständig arbeitet, muss sich beim Finanzamt melden, eine Steuernummer beantragen und jährlich eine Steuererklärung abgeben. Grundsätzlich gilt auch hier: Immer auf einen Vertrag bestehen!

Gearbeitet und kein oder zu wenig Lohn bekommen

- Vorsichtig im Kollegium umhören, ob mehrere davon betroffen sind. Gegebenenfalls eine gemeinsame Vorgehensweise vereinbaren. Aber Vorsicht: Auf jeden Fall beraten lassen!
- Wenn mündliche Nachfragen nichts bringen, schriftlich den/die ArbeitgeberIn zur Lohnzahlung auffordern, eventuell mit der Androhung von arbeitsrechtlichen Schritten. Wichtig: Eine reale Frist setzen (circa 14 Tage). Passiert wieder nichts, unbedingt vor dem Weg zum Arbeitsgericht beraten lassen!

Was sollte in einem Arbeitsvertrag geregelt sein?

- Name und Anschrift der VertragspartnerInnen
- der Arbeitsort
- Beginn der Beschäftigung und bei befristeten Beschäftigungen auch das Ende
- eine kurze Tätigkeitsbeschreibung
- die Zusammensetzung, Höhe und Fälligkeit des Gehalts
- die Arbeitszeit
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Anspruch auf Urlaub, inklusive Dauer und Entgelt
- die Kündigungsfristen
- eventuell Hinweis auf den anzuwendenden Tarifvertrag

Scheinselbständigkeit

Via freier Mitarbeit versuchen sich viele ArbeitgeberInnen ihrer Pflichten zu entledigen. Sei es, dass sie Sozialabgaben umgehen wollen, den gesetzlichen Mindesturlaubsanspruch oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ist dies die Absicht, wird das Scheinselbständigkeit genannt. Unter bestimmten Bedingungen kann mensch versuchen, daraus ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu machen.

Das Arbeitsgericht

Es besteht für die erste Instanz kein Anwaltszwang. Nimmt die Gegenseite eineN AnwältIn, könnt ihr euch auch eineN nehmen – unter Umständen mittels Prozesskostenbeihilfe. Bei der Verfassung der Klageschrift hilft die Rechtsantragsstelle des Arbeitsgerichts: Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin (U-Bahnhof Kurfürstenstr.), 1. Stock, Öffnungszeiten: 8:30 bis 13:00 Uhr. Es sollten alle relevanten Unterlagen (möglichst in Kopie) mitgenommen werden. Es fallen Kosten für die Zustellung der Klage an. Zuerst wird zu einer Güteverhandlung eingeladen, in der ein Kompromiss ausgehandelt werden soll. Kommt dieser nicht zustande, wird die eigentliche Verhandlung eröffnet. Bei einer negativen Gerichtsentscheidung kommen Kosten dazu. Allerdings sind die RichterInnen so „fürsorglich“, dass sie in der Güteverhandlung darauf hinweisen, wie sie zu entscheiden gedenken. Wenn also die Klage abgewiesen werden sollte, wird das Gericht vorher um Rücknahme der Klage bitten.



Kassierer

TOP 5 der Dinge, die ArbeitgeberInnen an Studierenden so lieben

1. Studierende sind super unkomplizierte Tagelöhner
2. Studierende lassen sich ohne große Widerworte kündigen
3. Studierende sind nur an ihrem Studium interessiert und verstehen sich nicht als arbeitsrechtlich abgesicherte ArbeitnehmerInnen
4. Studierende arbeiten auch gern Sonntags und wollen nicht einmal mehr Geld
5. Studierende verzichten gern auf ihren bezahlten Urlaub



Kellnerin

Kündigung! Was nun?

Ruhe bewahren!

Am besten sofort eine Beratung aufsuchen!

Nur wenige Kündigungen haben vor einem Arbeitsgericht Bestand und es kann gegebenenfalls eine nicht unerhebliche Summe rausgeschlagen werden: Ist die Kündigung überhaupt rechtlich wirksam?

- Wurde die Kündigung schriftlich ausgesprochen? Eine mündliche Kündigung ist unwirksam!
- War die Person, die die Kündigung ausgesprochen hat, berechtigt sie auszusprechen?
- Wurden die gesetzlichen Kündigungsfristen eingehalten?
- Gilt das Kündigungsschutzgesetz?
- Wurde (falls vorhanden) der Personalbeziehungsweise Betriebsrat informiert?
- Können noch Ansprüche gegen die/den ArbeitgeberIn geltend gemacht werden? Zum Beispiel Entgeltung vom gesetzlichen Mindesturlaub?

Fremdverschulden nicht ausgeschlossen

Ein Tod, der wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Schiller-Institut Lyndon LaRouches steht, beschäftigt das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte **VON ANNA BLUME**

1 Charismatische Sekte mit antisemitischer und rechtsextremer Ideologie

Bei dem international agierenden Netzwerk Lyndon LaRouches handelt es sich um eine charismatische Sekte: Sehr schnell werden die neugewonnenen Mitglieder aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und von diesem isoliert. Der nun folgende regelmäßige Wechsel des Wohn- und Lebensortes soll verhindern, dass sie sich ein neues aufbauen können. Ihr Leben ist geprägt von Indoktrination und Gehirnwäsche durch die ständigen Schulungen und Aktionen mit anderen Mitgliedern. Wollen sie dieses Netzwerk verlassen, so drohen psychischer Terror, Gewalt und seltsam anmutende „Selbstmorde“.

Nach den Vorstellungen La Rouches und seiner Jünger ist die Welt dem Untergang geweiht. Nur LaRouche hat den Masterplan dies zu verhindern, weswegen er von verschiedenster Seite bekämpft würde. Auch stehe die Weltwirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch. Die Schuld hierfür sei bei gewissen Londoner Privatbanken und einigen Familien aus den USA zu suchen. Immer wieder wird von den Juden hinter Hitler und den jüdischen Interessen an diversen Wirtschaftskrisen gefaselt. Doch nicht nur Antisemitismus, auch Geschichtsrevisionismus und ein überaus stark ausgeprägter Nationalismus sind den Worten und Schriften der beiden Gurus dieser Sekte, Lyndon und Helga Zepp-LaRouche, zu entnehmen. Ihre Vorstellungen von Deutschlands Stellung in der Welt knüpft an kaiserzeitliche bzw. nationalsozialistische Großraumkonzepte an. Auch sehen sie den Nationalsozialismus lediglich als das Ergebnis einer Weltwirtschaftskrise an.

Weitere Informationen zum Fall unter: www.justiceforjeremiah.com

Weitere Informationen zum La Rouché Netzwerk: www.bueso.de.vu

Vor etwas mehr als drei Jahren wurde der britische Student Jeremiah Duggan auf einer Bundesstraße in der Nähe von Wiesbaden tot aufgefunden. Nach Auffassung der Polizei wäre der 22-jährige in freiverantwortlicher suizidaler Absicht auf die Schnellstraße gerannt, hätte sich dort vor ein Auto geworfen und sei von einem weiteren überrollt worden. Dies habe zu seinem Tod geführt. Da der Ermittlungsführer der Polizei ein Fremdverschulden noch am Unfallort ausschloss, wurden keine weiteren Untersuchungen angestellt. Auch die von der Ärztin, welche zur Feststellung des Todes hinzugezogen wurde, empfohlene Obduktion, unterblieb. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren bereits zwei Monate später ein, obwohl die Mutter Jeremiahs, Erica Duggan, bereits sehr früh der Polizei erhebliche Zweifel an einem Selbstmord ihres Sohnes vortrug.

In den wenigen Tagen, die sich Jeremiah in Deutschland befand, nahm er erstmalig an einem Seminar des Schiller-Institutes in Wiesbaden teil. Das Schiller-Institut gehört zusammen mit der Partei Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) und diversen Publikationen zu den deutschen Ablegern des LaRouche Netzwerks, einer charismatischen Sekte die antisemitische und rechtsextreme Ideologien¹ vertritt.

Nur wenige Stunden vor seinem Tode erhielten seine Mutter und seine Lebensgefährtin Anrufe von ihm, in denen er sie verängstigt bat, ihn vom Seminar wegzuholen. Trotzdem wurden keine ernsthaften Ermittlungen bei Angehörigen des Schiller-Institutes und den TeilnehmerInnen des Seminars unternommen. Bis heute ist ungeklärt, was Jeremiah in den wenigen Tagen beim Schiller-Institut in Wiesbaden widerfahren ist, wie er am Morgen des 27. März 2003 auf die Bundesstraße bei Wiesbaden gelangte und was dort geschah.

Eins jedoch ist klar. So wie Polizei und Staatsanwaltschaft das Geschehen darstellen, war es nicht. Das belegen diverse deutsch- und englischsprachige Gutachten von Sachverständigen, die der Staatsanwaltschaft Wiesbaden und dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main vorgelegt wurden. In diesen wird beispielsweise

thematisiert, dass auf den Fotos von den beiden am angeblichen Selbstmord Jeremiahs beteiligten Autos weder Blut, noch Haare oder andere Körperspuren zu finden sind. Wenn jedoch eine Person so stark von einem Auto getroffen wird, dass diese noch am Unfallort stirbt, sollte es so etwas geben. Auch befinden sich keine Reifen oder Überrollspuren auf Jeremiahs Körper, obwohl er von einem Auto überrollt worden sein soll. Dennoch weigerten sich Gericht und Staatsanwaltschaft, das Verfahren wieder zu eröffnen.

Sie lehnten das von Erica Duggan angestrebte Klageerzwingungsverfahren mit der Begründung ab, dass es keine Anhaltspunkte dafür gebe, dass Jeremiah nicht aus eigenem freien Entschluss vor ein Auto gelaufen sei und dass auch weitere Ermittlungen zu keinem anderen Ergebnis als dem bisherigen führen könnten. Nach Aussagen Erica Duggans und ihrer AnwältInnen würde damit ein mögliches Beweisergebnis in unzulässiger Weise vorweg genommen und andere Möglichkeiten als Todesursache nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Aus diesem Grund haben sie beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Erica Duggan erhofft sich von der Verfassungsbeschwerde eine Entscheidung, die den Beschluss des Oberlandesgerichts Frankfurt aufhebt und zu neuen, ernsthaften Ermittlungen über die genauen Todesursachen, die Verantwortlichen und einen Zusammenhang zum Schiller-Institut führt. Einer ihrer RechtsanwältInnen, Nicolas Becker, schätzt die Erfolgchancen als gut ein. Jedoch geht er davon aus, dass der Fall eher beim EGMR als beim Verfassungsgericht Gehör finden wird, da er für das BVG Neuland darstellt, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte aber bereits in vergleichbaren Fällen verschiedene europäische Staaten wegen der Verletzung von Menschenrechten, insbesondere der Artikel 2 (Recht auf Leben und körperlicher Unversehrtheit) und Artikel 3 (Folterverbot) der Menschenrechtskonvention, verurteilt hat.



CYBORGS

Mensch. So bezeichnen sich die irgendwie technischen, biologischen und sozialen Wesen, die die Erde beherrschen. Sie können Techniken entwickeln und sich damit ihren Planeten zu Nutze machen. Auf diese Weise können sie auf ihrem Planeten nicht nur überleben, sondern sich sogar vergnügen.

Der Mensch? Sein Name existiert gleichzeitig als Ideal. Welches Ideal? Das übliche, normale Ideal: „Schön“, „intelligent“, „männlich“, „vernünftig“, aber vor allem „gut“ – menschlich eben:

Diese speziellen Erdenwesen teilen jenes allgemeine Selbstverständnis von sich als „Menschen“, was so viel heißt, wie sich untereinander als Gleiche zu behandeln und sich zu helfen – sie sind eben „gut“. Aber wie gesagt hegen sie sich das nur als Ideal.

Denkt der Mensch an andere Wesen, denkt er „das Andere“, wird es höchstens als partiell perfektes Wesen gedacht. Als solches hat es bestimmte „Schwächen“, die menschlichen „Stärken“ gegenüber stehen. Sie sind höchstens partiell mehr als menschlich und mindestens partiell weniger als menschlich.

Ideal wären sie, wenn sie menschlich wären. Wenn sie das aber tatsächlich wären, würden sie sofort des Menschen größter vorstellbarer Schrecken sein, den Tod des Menschen verheißend: Klone, nur fähiger und mächtiger als der Mensch.

Gesteigert wird das Konzept „Mensch“ im „menschlichen“ Sinn nur noch in Konzepten von „Engel“ oder „Gott“. Alle anderen, Außenstehenden werden gegenüber dem Menschen als minder und latent feindlich gedacht.

In diesem Sinne gibt es gegenüber dem idealen Menschenbegriff keinen idealen Begriff vom „Anderen“, auch nicht von Cyborgs. Mehr und mehr Wesen gehen dazu über, diese Freiheit zu nutzen und nehmen den Cyborg-Begriff für sich an.

Cyborg, kybernetischer Organismus, ist, einer Selbstdefinition zufolge, „eine überzeugte AnhängerIn von Partialität, Ironie, Intimität und Perversität. Sie ist oppositionell, utopisch und ohne jede Unschuld. Cyborgs sind nicht mehr durch die Polarität von öffentlich und privat strukturiert, Cyborgs definieren eine

technologische Polis, die zum großen Teil auf einer Revolution der sozialen Beziehungen im oikos, dem Haushalt beruht.“

Das schlägt zum Beispiel Donna Haraway in ihrem vor 20 Jahren erschienenem „Manifesto for Cyborgs“ vor. Andere haben eine Kommune nach Cyborg-Prinzipien vorgeschlagen. Die wollen sie nicht weit von hier aufmachen.

von hog

Die HUch! bedankt sich für diese Sendung und sucht Cyborgs, die ihre eigenen Konzepte, die von Donna Haraway, die von CyborgSociety.org oder die Konzepte von anderen Cyborgs vorstellen wollen. Bitte sendet uns gute Texte, Bilder, Zeichen!

Seminare der Naturfreundejugend Berlin

08.-10. Dezember 2006

Was ich noch sagen wollte...
Rhetorik für EinsteigerInnen

16.-17. Dezember 2006

Mach meinen Dealer nicht an.
Seminar zu Drogenpolitik

12.-14. Januar 2007

support your local feminists!
ein EinsteigerInnenseminar
zu Feminismus.

19.-21. Januar 2007

Aug um Aug, Zahn um Zahn
Seminar zu Strafrechtskritik

21. Januar 2007

Reden, Reden, nichts Bewegen.
Seminar zu Grundlagen politischer Arbeit.

26.-28. Januar 2007

Ware, Wert, Geschlecht.
Seminar zu Geschlechterverhältnissen im Kapitalismus

HU-Gremien-Blog

Ihr wollt wissen, was in den Gremien der HU so passiert? Oder warum Studierende, die sich in diesen beteiligen und versuchen Einfluss auf Entscheidungen der Uni zu nehmen, den Herrn Markschieß ganz oft nicht mögen?

Seit Anfang November gibt es einen Blog, der studentische Gremienarbeit dokumentiert und solche Fragen beantwortet:

<http://www.hu-berlin.blogspot.com/>

RefRat Newsletter

Der RefRat-Newsletter informiert Euch jeden Monat über Termine, Veranstaltungen und Spektakuläres des Studierendenparlaments und ReferentInnenrates, sowie der Fachschaften und Initiativen!

<http://appel.cms.hu-berlin.de/sympa/wwsympa/info/referiert>

Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 14-16 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 14-16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 14-18 Uhr
Im März, August und September:
Mittwoch 10-14 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 15
Tel.: 20 93-10 60
E-Mail: beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten www.refrat.de/soziales/stuki.html
Dienstag 12-16 Uhr
Mittwoch 10-14 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 10-16 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16
Tel.: 20 93-19 86
E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten www.refrat.de/soziales/ausli.html
Montag und Freitag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-19 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 10-16 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6
Tel.: 20 93-10 62
E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
Dienstag 12:30-17:30 und Mittwoch 9-14 Uhr
In den Semesterferien: Mittwoch 9-14 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de
Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthind.html

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 18-20 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 6

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2 (Beratungsraum im RefRat) Aktuelle Termine unter: www.refrat.de/lust

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten www.refrat.de/soziales/arbeit.html
Montag 10-13 Uhr
Donnerstag 13-16 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

Werbung für rote Grütle mit Vanillesoße.

Hört sich gut an, ist es auch.

Aber nun zur Werbung.

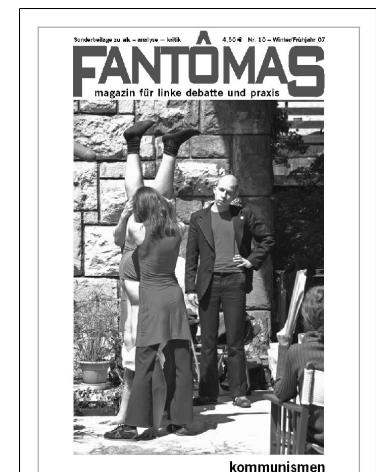
An alle Eltern, die die HU hat und solche, die es werden wollen. **Die HU hat sich überzeugen lassen, die Kinderbetreuung bei den „Humboldten“ auszubauen!** Mit diesem Wintersemester ist es möglich, Kinder von Studierenden **auch in den Vormittagsstunden** bei den „Humboldten“ betreuen zu lassen. Die Kleinen und Großen von 1 Jahr bis 6 Jahren können Mittagessen und dann ein Schläfchen halten. Auch können wir jetzt mehr Kinder betreuen als noch letztes Semester: bis zu 15 Kindern können wir nun einen Platz bieten. Rein organisatorisch läuft es wie immer: Anmeldungen erfolgen persönlich bei den Betreuerinnen in der Monbijoustraße jeden Tag der Woche von 9:30 bis 20:30 Uhr. Das Mittagessen sowie das Abendbrot muss von den Eltern gezahlt werden, wobei wir noch dabei sind, über Preise zu verhandeln.

Wie es bis jetzt läuft: Gut!

Wir haben viele Anmeldungen und die Kinder sind zufrieden.

Wie alles im Leben, gibt es auch hier einen Haken: Wir brauchen die Unterstützung der Eltern und aller, die sich berufen fühlen, um noch einiges umzubauen und vor allem zu organisieren. Da Werbung niemals nicht ewig lang sein darf, will ich alle bitten, sich bei Interesse bei den „Humboldten“ **unter 2093-1984 oder unter stuki@refrat.hu-berlin.de** zu melden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und guten Appetit!



Kommunistische Debatten um Sozialismus, Totalitarismus und „wirkliche Bewegung“ ... **Geschichten** von Maoismus bis westlichem Marxismus ... **Kämpfe** in Accra, Guadalajara, São Paulo, Seattle und überhaupt

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)

Bestellungen an: vertrieb@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de

